

alle guten Wünsche für ein friedliches neues Jahr

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



Friedens - Informationen

Nr. 14

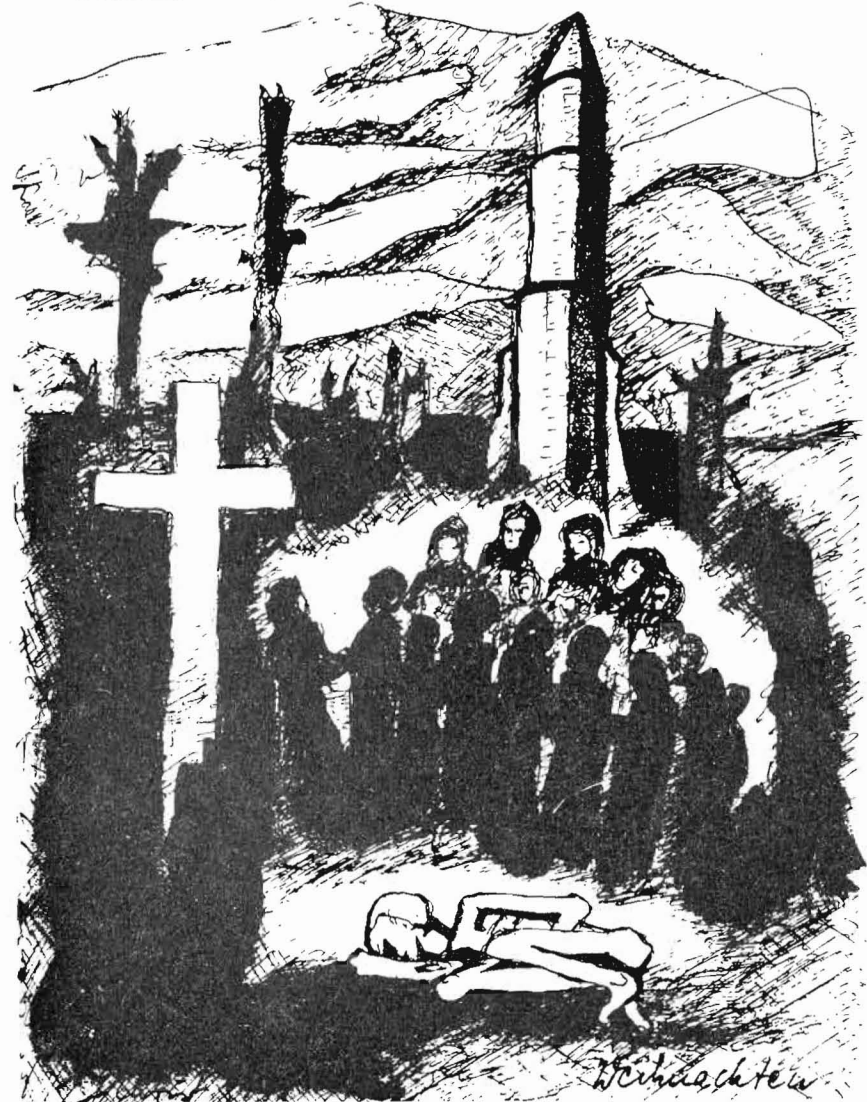
Dezember 1985

Preis 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Tudis

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



24. Dez. 1985, Heiligabend 22⁰⁰ Uhr
Gottesdienst an der B. Battery

Vertretende Gruppen: Boppard, Emmelshausen, Kirchberg
Gäste: Trier
Protokollführer: Bernd Bee

- Termine: - Nächstes Delegiertentreffen Freitag, 6.12.85, Kirchberg
 - Nachzuholende Tagesordnungspunkte:
 - Aktion Brennpunkte
 - Rückblick Info-Woche
 - Solidaritätskonto: Nutzung f. HUNSRÜCK-FORUM-Rechtsbeistand
 - Aktion Nötigungsparagraph
 - Treffen zu regionaler Rüstungskonversion (Umwandlung militärischer Arbeitsplätze in zivile): Mittw. 11.12.85, 19.00 Uhr bei Gerhard Otto, Heinzenbach, Hauptstr. 34 (Tel. 06763/538)
 - Aktionskonferenz in Köln 14/15.12.85

• Solidarität mit HUNSRÜCK-FORUM:

Klärung an den Stammtischen erwünscht, inwieweit unser Solidaritätskonto zur Unterstützung der Betroffenen genutzt werden soll. Unterstützungszusagen externer Gruppen liegen bereits vor.
Rückmeldung für Delegiertentreffen!

• Teilnahme an Aktionskonferenz Köln diskutieren.

Rückmeldung für Delegiertentreffen!

• Tribunal + Aktion zu Nötigungsparagraph

Unvermutet erschienen fünf Trierer beim Delegiertentreffen mit dem Anliegen einer Solidaritätsaktion der Hunsrücker FI mit den Bitburg-Blockierern. Über 100 Prozesse werden gegen diese abgewickelt. Vor einer Verurteilung biete sich jedoch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit auf die Problematik der Anwendung des Nötigungsparagraphen und Kriminalisierungstendenzen aufmerksam zu machen. Besonders für den CM-Stationierungsort biete sich eine Aktion an. Vorstellbar sei eine Großaktion unter Teilnahme der von Prozessen betroffenen in Kombination mit Vorträgen Prominenter. Die Zahl von ca. 4.500 Prozessen bundesweit zeige die Erforderlichkeit, ein entsprechendes Aktualitätsbewußtsein wachzuhalten.

Am zweckmäßigsten sei eine Aktion vor der Verurteilung, also im kommenden Frühjahr. Zweckmäßig sei auch die frühzeitige Anmeldung der Aktion, damit ein eventuelles Vorspiel (z.B. bei Ablehnung bestimmter Demonstrationsorte) für uns öffentlichkeitswirksam auswertbar wird.

Bei der Aktionskonferenz Köln soll die Existenz einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe bekanntgegeben werden; eine gemeinsame Linie soll kurz vor der Aktionskonferenz vereinbart werden.

Diskussion an den Stammtischen! Rückmeldung für Delegiertentreffen!

Kontaktadresse: Ulla Peters 0651/48707

*Lindenstraße 12, 55 Trier
(GRÜNEN-Regionalbüro)*



Infowoche und Perspektiven im Herbst 1985

Der "Friedensherbst" 1985 fand -wie geplant- ohne spektakuläre Aktionen und Massenkundgebungen statt. In den Medien ging eine Berichterstattung zwischen "30 Jahre Bundeswehr" und "Genfer Gipfeltreffen" total unter.

Und trotzdem hat die Friedensbewegung mit zahllosen, nicht so spektakulären, regionalen Veranstaltungen gezeigt, daß sie mit der weiterlaufenden Aufrüstung nicht einverstanden ist.

Die Hunsrücker FI hat trotz des auch bei uns zunehmenden Frustes, ein beachtliches Programm mit über zehn unterschiedlichen Veranstaltungen in der Infowoche auf die Beine gestellt.

Alle Spektren der hiesigen Friedensinitiative trugen dazu bei:

Die Jusos bewiesen mit Ihrem Friedensmarsch durch Simmern, daß sie sich trotz aller Wackler und Umfaller in Ihrer Mutterpartei uneingeschränkt zu den Zielen der Friedensbewegung bekennen.

Die Grünen organisierten zwei Vorträge mit erstklassigen Referenten- W. Brückmann (Thema: "Krieg der Sterne") und

Roland Vogt (Regionale Konversion)-, wobei sich nach der letztgenannten Veranstaltung spontan ein Arbeitskreis bildete, der beabsichtigt, Vogts Untersuchung zur Umwandlung von militärabhängigen in zivile Arbeitsplätze für den Raum Hunsrück aufzugreifen.

Diese Veranstaltung^{en} waren, wie einige andere Abendveranstaltungen auch, nach allgemeinem Tenor, schlecht oder wenig besucht. Aber ich frage mich, wieviel Zuhörer wir erwarten sollen, bei Veranstaltungen, die nur wirklich Interessierte und Informierte anziehen.

Für Leute, die zwar der zunehmenden Aufrüstung skeptisch gegenüberstehen, aber bisher nicht den Schritt zur Friedensbewegung fanden, gab es zugänglichere Veranstaltungen: So zum Beispiel den Vortrag von Prof. Dr. Schottroff- Thema "Parteilichkeit Gottes"- in Simmern; oder den von Dr. Bastian vom Komitee "Ärzte warnen vor dem Atomkrieg", der im Emmelshausener Park-Cafe im überfüllten Saal vor einem Publikum referierte, das zu über der Hälfte zuvor nicht in der Friedensbewegung engagiert war. Einen guten Besuch verzeichnete man auch beim Konzert am Samstagabend in Kirchberg, wo Ape, Beck & Brinkmann mit Ihrer Superlaune die Leute mitrissen. Die letzten Skeptiker dürfte wohl die Abschlußveranstaltung der Friedenswoche an der B-Battery beruhigt haben.

Annähernd 1000 (eintausend) Besucher kamen zum Gottesdienst mit anschließender Lichterprozession zum Kreuzeacker. Die derzeitige Situation der FI beschrieb Reinhard Sczech beim Friedensmarsch der Jesus sehr treffend mit den Worten "Die Blütezeit der Friedensbewegung ist vorbei, jetzt beginnt die Reifezeit."

Zwei Jahre nach der endgültigen Stationierungszustimmung des Deutschen Bundestages können wir wieder hoffen, und daran arbeiten, das all unser Tun in eineinhalb Jahren Früchte trägt. Die Friedensbewegung, die eindeutig Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele ablehnt, kann nur hoffen, das nach der nächsten Bundestagswahl eine ihren Vorstellungen entsprechende Politik gemacht wird, was derzeit nur von einer Mehrheitskoalition aus SPD und Grünen zu erwarten ist.

Rainer Dreher

Trotzdem weiter... Ape Beck & Brinkmann in Kirchberg

"Die Phantasie wird tanzen

das Starre wird zerstört

Giganten werden Zwerge

und die Zauberer verehrt

Die Träumer sind die Ersten"

Etwa 250 Leute in der Kirchberger Stadthalle sind ziemlich gut drauf, während die Dortmunder Folk-Rocker Ape Beck & Brinkmann am Samstag ihr 2 Stunden Programm durchziehen. Durch mehrere Auftritte im Hunsrück (u. a. beim Ostermarsch) sind die Provinz-Musiker auch in dieser Region schon ziemlich bekannt.

Im Vordergrund ihrer Musik steht ein melodioser Akustic-Gitarren-Sound, der sich wohltuend vom aktuellen Elektro-Technik-Wahn einiger sogenannter, von den Teenie-Blättern hochgejubelter "Weltstars" unterscheidet! Die Texte beschreiben zum Teil eine Traumwelt, wo die Schwachen stark sind, Minderheiten hoch angesehen werden, menschliche Wärme und Zärtlichkeit wichtig erscheinen.

Zum anderen erzählen sie von der realen Schizo-Welt, vom Chemie-Gift, Haß + Beton, vom Hungerleiden und den Raketen-Schreibtischtätern!

"Und Trotzdem weiter

nicht resignieren

das Gras sprengt den Beton

wir werden nicht verlieren"

Dies die Empfehlung an Friedens + Alternativ-Bewegung und ich glaub das hat sie bitter nötig. Wir dürfen uns nicht in heillosen, verkrampten Endlosdiskussionen verbrauchen, sondern sollten, auch wenn's nur für ein paar Stunden sind, die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Leute wie Ape Beck & Brinkmann u. a. Künstler können Musik dazu machen und sie sagen ein paar Sachen die nur sie so sagen. Dies ist wichtig, erreicht Leute die sonst nicht erreicht werden, hat auch Signalwirkung. Sicher geht es auch hier ums Geschäft. Doch wenn wir schon Helden brauchen sind es Leute die sich das Maul nicht verbieten lassen! Erdrückt sie nicht!

Th. Lauer

Ärzte gegen das Zivilschutzgesetz.

Emmelshausen, am 15. November '85 :: Im Park-Café in Emmelshausen fand eine Veranstaltung der Friedensinitiative E'hausen statt. Vor ca. 60 Zuhörern sprach einer der Ärzte der Deutschen "Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) e.V.", Dr. Till Bastian aus Mainz. Dieser internationalen Ärztevereinigung gehören mehr als 140 000 Mitglieder aus Ost und West an. Es wurde ihr in 1984 der Friedenspreis der UNESCO verliehen und in diesem Jahr erhielt sie sogar den Friedensnobelpreis ... in Anerkennung ihrer weltweiten Bemühungen um Frieden und Abrüstung.

Dr. Bastian ging in seinem Vortrag auf den aktuellen Referentenentwurf der Bundesregierung zum neuen Zivilschutzgesetz (ZZSG) ein und stellte fest: "Das Zivilschutzgesetz ist mit dem ethisch-medizinischen Grundsatz, wonach der Arzt dem Menschen, nicht aber politischen Interessen zu dienen habe unvereinbar. - Zivile Ärzte müßten sich deshalb der geplanten Katastrophen - oder Kriegsmedizin verweigern!

Als Beschäftigte im Gesundheitswesen fordern die "Ärzte gegen den Atomkrieg" die führenden Politiker der beiden Militärblocke auf, den wahnsinnigen Rüstungswettlauf anzuhalten, bevor ihnen diese ungeheuerlichen Machtmittel entgültig außer Kontrolle geraten. Man denke hier nur an die zunehmenden Fehlalarme in den computergesteuerten Militärzentren. -

Die stetige Anhäufung atomarer Waffen hat die Welt nicht (wie uns viele Politiker hierzulande weismachen wollen!) friedenssicherer gemacht. Die nukleare Abschreckung ist keine Garantie zur Verhinderung eines Krieges!

Nun soll uns ein neues Zivilschutzgesetz glauben machen, es gäbe im Kriegs- oder Verteidigungsfall (was macht das für die Betroffenen für einen Unterschied?) eine Überlebensebene, oder gar ein begrenzbares Schadensrisiko?

Zivilschutz wird hier als Instrument politischer Propaganda eingesetzt: Bundesinnenminister Dr. Zimmermann will - "Zivilschutz als ein Teil der NATO-Strategie der Abschreckung" verstanden wissen!! -

Ähnlich dem Reichsluftschutzgesetz aus 1935 bedeutet dies heute im Grunde nichts anderes als "Sandeimer und Feuerpatsche" für die Bevölkerung, die wie damals arglos der Dinge die dann kamen ausgesetzt wurde. Eine gefährliche Verharmlosung der Realitäten im Kriegsfall! - Damals hat man auch Luftschutzbunker gebaut, um die Bewohner in Sicherheit zu wiegen. Am Beispiel des Terrorangriffs auf Kassel im Oktober 1943 weiß man, daß eben in diesen Bunkern annähernd 5 000 Menschen zu Tode kamen ... Menschen, die der Schutzpropaganda vertrauten und sich in den Luftschutzeinrichtungen sicher fühlten.

Aus US-Militärstudien wissen wir, daß im Falle angenommener Vernichtung von ausschließlich militärischen Zielen in der BRD mindestens 10 Mio. Bundesbürger den Tod fänden ...

In dieser Fallstudie wird davon ausgegangen, es kämen nur Nuklearsprengköpfe mit einem Wirkungsgrad von maximal 200 Kilotonnen zur Anwendung. Angesichts solcher und wesentlich stärkerer Vernichtungskapazität wird Zivilschutz zur Utopie - ja das Wort "Schutz" zur bewußten Irreführung der bedrohten Menschen! -

Abgesehen davon setzt wirksamer Zivilschutz voraus:

:: entsprechend lange Vorwarnzeiten, die es den Bewohnern ermöglichen, Schutzeinrichtungen herzurichten und aufzusuchen -

:: nur einige wenige Schutzeinrichtungen könnten bei Angriff mit geringer atomarer Sprengkraft (bis 20 Kilotonnen) bedingt wirksamen Schutz bieten - und dies aber nur bei Angriffen von lokaler Begrenzung.

Die im Zivilschutz vorgesehenen Maßnahmen müssen zwangsläufig unzureichend bleiben, weil im Fall der Anwendung von Nuklearwaffen diese Einrichtungen funktionsuntüchtig werden... weil sie nur in Friedenszeiten den Eindruck erwecken sollen, es gäbe nach einem Atombombenangriff noch medizinische Hilfe. --- Realer Zivilschutz ist und bleibt illusionär, ist somit ein falsches Versprechen an die Bürger dieses Landes!

F.-J. Hofmann 16/11/85

Deutscher Bundestag — 10. Wahlperiode

Drucksache 10/4406

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

83. Abgeordneter
Dr. Schlierholz
(DIE GRÜNEN)



Aus welchen Gründen hat das Wehrbereichskommando IV am 26. Februar 1985 neue Schutzbereichseinzelforderungen für die „Verteidigungsanlage Wüschheim“ (z. Z. Baustelle für die geplante Cruise-Missiles-Basis in der Bundesrepublik Deutschland) definiert, obwohl das Bundesministerium der Verteidigung Bürgern in den betroffenen Regionen dann am 19. April 1985 die Auskunft erteilt hat, eine Erweiterung des bestehenden Schutzbereichs sei nicht vorgesehen und die Schutzzonen des neuen Systems hätten im Gegenteil eine geringere Ausdehnung?

herliche
Aufße
Haltung
Ich.

Antwort bisher
noch nicht
eingegangen

Deutsche Friedensgesellschaft
Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.

Gegründet 1892
Deutscher Zweig der
War Resisters' International



DFG-VK Landesgeschäftsstelle, Pacelliallee 61, 1000 Berlin 33

DFG-VK Landesgeschäftsstelle,

Martin-Niemöller-Haus
Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel.: 030/ 832 54 97
323 89 65

Ihr Schreiben vom:

Datum

P R E S S E I N F O R M A T I O N E N

Landesverband Berlin /W.

ERFAHRUNGEN MIT DEM KDV-GESETZ IN BERLIN - oder - BERLIN IST EINE REISE WERT

Berlin war schon immer eine Zufluchtsstätte für die, die unter keinen Umständen Teil des Militärapparates der Bundeswehr sein wollten; Berlin als letztes "Asyl" für nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerer, denen die Einberufung ins Haus stand. Das neue KDV-Gesetz mit seinem um 1/3 längeren Zivildienst ließ die Zahl weiter steigen. Seit dem Stichtag 1.7.83 kamen etwa 1.000 (eintausend!) Personen in unsere Beratung - nicht mitgezählt die schriftlichen und telefonischen Anfragen. Und es werden immer mehr. Wenn man sich die Erfahrungen mit dem neuen KDV-Gesetz anschaut, ist dies eigentlich nicht überraschend.

Die Anerkennungsquote in den verschiedenen Instanzen ist gefallen. In den Prüfungsausschüssen wurden 1984 nur 47, in den Prüfungskammern 50 und vor den Verwaltungsgerichten nur 56% als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Das ist allerdings nicht weiter verwunderlich, wenn man weiß, daß die Prüfungsausschüsse/-Kammern nurmehr aus 3 Leuten bestehen, und der Vorsitzende zum ersten die Beisitzer abberufen kann, wenn er sie für ungeeignet hält, und zum zweiten selbst stimmberechtigt ist, obwohl er von der Bundeswehrverwaltung bezahlt wird. Interessenskonflikte sind damit vorprogrammiert. Diese enge Verknüpfung zwischen dem Vorsitzenden und der Bundeswehr zeigt deutlich den Inquisitionscharakter der Gewissensprüfung. Wer es dennoch schafft wird noch zusätzlich durch den verlängerten Zivildienst bestraft: eine eindeutige Grundgesetzverletzung. Denn auch nach dem Urteil des BVerfG vom 24.4.85 halten wir uns an das Grundgesetz als Maßstab - trotz der formellen Entscheidung. Viele derjenigen, die in den ersten beiden Instanzen scheitern, verzichten aus Scheu, Resignation oder Wut auf eine Klage vor dem Verwaltungsgericht, ohne deswegen ihre Gewissensentscheidung aufzugeben, und gehen dann nach Berlin.

Aber auch diejenigen, die alle Hürden übersprungen haben, sollen durch einen erschwerenden Zivildienst zusätzlich abgeschreckt werden. Viele Dienststellen, die sich mit Bildungsarbeit, Friedensdiensten oder Problemen der 3.Welt befassen, werden ein-

fach gestrichen. (Von Mai 84 bis Juli 85 um rund 40% auf 2.600)

Auch politisches Engagement im Zivildienst wird erschwert oder unterbunden. Die durch das Grundgesetz geschützte Überzeugung des Kriegsdienstverweigerers wird damit ins Abseits gedrängt.

Aber auch prinzipielle Erwägungen veranlassen viele, nach Berlin zu gehen:

- Nach § 49 ZDG Können Zivildienstleistende im Verteidigungsfall eingezogen werden, und unterstützen damit die "Heimatfront", ohne die "ein moderner Krieg nicht mehr möglich ist." (Weißbuch 1985)
- Für viele KDVer ist es ein großes Problem, daß ihre Stellen Mitschuld an der zunehmenden Arbeitslosigkeit im sozialen Bereich tragen. Vielfach werden heute ZDLer an Stelle von Fachkräften eingesetzt.
- Auch die Offenlegung innerster Gefühle und Gedanken widerstrebt vielen. Und nicht nur sie selbst, sondern auch Familienangehörige, Freunde, Pfarrer, Lehrer etc. werden faktisch einer staatlichen Aushorchung ausgesetzt.

Neueste Entwicklung - die Verlängerung des Grundwehrdienstes.

Ab Mittel1989 wird der Wehrdienst 18 statt 15 und der Zivildienst 24 statt 20 Monate betragen. Parallel dazu sollen unter dem Deckmantel der "Wehrgerechtigkeit" "Wehrdienstausnahmen auf das unverzichtbare Mindestmaß reduziert werden." Dies wird die Zahl der "Berlin-Flüchtlinge" weiter steigen lassen. "Auswege", wie z.B. der Zivil- und Katastrophenschutz werden eingeschränkt. Sie sollen unter "angemessener Berücksichtigung des Personalbedarfs der Bundeswehr...angepasst werden." Auch die Verweigerung von Zeitsoldaten werden zunehmend schwieriger, da diese damit rechnen müssen, daß "investierte Ausbildungskosten zurückgefordert werden."

Durch all diese Verschärfungen wird der Umzug nach Berlin für viele Jugendliche noch attraktiver. Dies sieht wohl auch die Bundesregierung so, denn parallel zur Entscheidung über die Verlängerung des Wehrdienstes wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der vorsieht, daß diejenigen, die sich zeitweise ohne Genehmigung (länger als 3 Monate) in Berlin aufhalten, bis zur Vollendung des 32. Lebensjahres gezogen werden können - unabhängig davon, ob sie anerkannte KDVer sind oder nicht. Auch diejenigen, die ihren Antrag auf Anerkennung als KDVer mit 27 Jahren zurückziehen, sollen bis 32 heranziehbar sein.

Wichtig ist noch zu erwähnen, daß all diejenigen, die ihren Antrag auf KDV noch vor dem Stichtag 1.7.1983 gestellt haben, um der grundgesetzwidrigen Verlängerung des Zivildienstes zu entgehen, nun eine zweite Frist gesetzt bekommen sollen; ihre Fälle müssen bis zu 30.6.1989 entschieden sein, sonst müssen sie 19 Monate Zivildienst ableisten. Dies dürfte für all die von Wichtigkeit sein, die noch zurückgestellt sind, oder erst vor dem Verwaltungsgericht ihr Recht auf KDV erkämpfen müssen.

Nach uns vorliegenden Informationen soll die Gesetzesnovelle noch in dieser Legislaturperiode d.h. bis zur Sommerpause 86 durchgezogen werden.

Unklar ist die Handhabung der Fälle, in denen die Wehrpflichtigen bis zur Inkraftsetzung dieses Gesetzes schon 28 geworden sind.

All diejenigen, die sich aus den vielfältigsten Gründen entschieden haben, nach Berlin zu gehen, stehen damit erst einmal - neben der schweren persönlichen Entscheidung - vor einem Berg formaljuristischer Fragen und Probleme.

Um dem entgegenzutreten, hat die DFG - VK Berlin eine Broschüre erstellt, die für Betroffene, Berater, interessierte "Laien" und Rechtsanwälte gleichermaßen geeignet ist. Sie wurde von Beratern der DFG - VK, erfahrenen Rechtsanwälten und der IdK erstellt, enthält auf 52 Seiten alle wichtigen Informationen zu den Themen Erfassung, Berlin Status, KDV, Totalverweigerung, Wehrdienstausnahmen, Einberufung...und kostet 4,50 DM (incl. Versand). Sie ist zu beziehen über die DFG - VK Berlin Friedenszentrum Pacelliallee 61 1000 Berlin 33 (Bitte Verrechnungsscheck der Bestellung beilegen).

Berlin, November 1985

Jens Katzek
(Landesgeschäftsführer)

75 Zeilen a'82 Anschläge = 6.000 Anschläge

Quelle: Bundesratsdrucksache 483/85

DIE PARTEILICHKEIT GOTTES

Die "Friedenswoche 1985" im November begann bei uns mit einer Veranstaltung vom "Ökumenischen Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Frieden" mit dem Thema "DIE PARTEILICHKEIT GOTTES - Jesus von Nazareth, Hoffnung der Armen."

Ich will hier keine Interpretation geben, sondern meine Nachgedanken darüber.

Unsere Referentin Frau Prof. Dr. Luise Schottroff aus Mainz ist mir zu ersten mal in der Zeitschrift "Junge Kirche" aufgefallen, mit der nicht üblichen Auslegung des Gleichnisses von den Arbeitern im Weinberg, Matth. 20, 1-16: daß nämlich nicht die Letzten - sprich heute die Armen - erst oben im Himmel reich werden sollen, wie es den kleinen Leuten von der Kirche gepredigt wird, sondern die Konsequenz sein muß, daß die Großen teilen und nicht auf ihren maximalen Gewinn bestehen, um die Arbeitsplätze erhalten zu können! Und bei der zweiten Begegnung auf dem letzten Kirchentag ist mir immer bewußter geworden, daß der christliche Glaube nur im stillen Kämmerlein verkümmert! "Gott ist kein Privatgott. Er ist der Herr der ganzen Welt, Schöpfer aller Menschen."

Frau Schottroff ist in ihrem Vortrag von drei für sie wesentlichen Grund-Sätzen der Bibel ausgegangen:

1. "Selig sind die Armen im Geiste.... (aus der Bergpredigt, Matth. 5,4)
2. "Zeigt euren Feinden, daß ihr sie liebt, und bittet Gott um seine Liebe für sie ... der seine Sonne über Böse und Gute aufgehen läßt und regnen läßt über Gerechte und Ungerechte." (V 44-45, n. Zink)
3. "Denn das Gesetz des Geistes, der da lebendig macht in Christo Jesu, hat mich frei gemacht von dem Gesetz der Sünde." (Römer 8,2)

Zu 1): Das Evangelium der Armen ist das Herzstück der Botschaft. Aus der Weissagung in Jes. 61,1 "...den Elenden zu predigen ... zu verkünden den Gefangenen die Freiheit ..." wird Verwirklichung des Heilsplanes Gottes mit seinem Volk und der ganzen Menschheit durch sein Handeln in Jesus Christus. Gott hat Partei ergriffen für die Armen. - Ich denke gerade jetzt in der Vorweihnachtszeit an die Geburt im Stall, Verkündigung der Hirten - nicht Pastoralhirten! - und Anbetung der Könige bedeutet, daß auch die Mächtigen an diesem Ereignis nicht vorbeikommen. Zur Zeit Jesu lebten 99 % der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums. Von der dünnen Oberschicht der Reichen zeugen heute noch ihre ausgegrabenen Paläste und Villen. Das war nach der Gotteserfahrung der Juden unmöglich, wenn das Volk nicht untergehen wollte, welches nicht für seine Armen sorgt! Damals hat es keine Trennung zwischen Religion und Ökonomie gegeben wie heute in Politik, Ökonomie, Religion und Kirche. Der Mensch wurde ganzheitlich betrachtet, womit heute wieder in der Krankenhilfe begonnen wird. Der Mensch, der nichts zu essen hat, kann Gott nicht dafür loben. Das ist auch nicht Gottes Wille, sondern der Menschen eigener Wille! Aus der Diskussion wurde eine etwas vorwurfsvolle Stimme laut: ob die Botschaft denn nur denjenigen gelten würde, die nicht zu essen hätten?! Die Antwort darauf ist in der Übersetzung von Jörg Zink gegeben:

"Selig sind, die da arm sind vor Gott, die nicht meinen, ohne ihn stark genug zu sein, die Gottes Barmherzigkeit brauchen und alles von seiner Liebe erwarten; denn Gott liebt sie und tut ihnen die Tür zu seinem Reich auf." Und weiter heißt es in Matth. 18,3: "Laßt euch gesagt sein: wenn ihr euren Gedanken nicht eine andere Ordnung gebt; wenn ihr nicht eure Maßstäbe umkehrt und wie die Kinder werdet, dann könnt ihr vor Gott nichts gelten." Ich möchte sagen: selig sind die Armen- und die Reichen, wenn sie mit den Armen teilen!

Jeder von uns ist im Unrecht verstrickt als Konsument und Produzent, wofür Frau Schottroff ein typisches Beispiel anführte: Blumen in Columbien werden mit hochgefährlichem Gift aus unserer Produktion hier gespritzt - auf Kosten der Gesundheit kolumbianischer Frauen, damit wir billige Blumen kaufen können und unsere Arbeitsplätze erhalten bleiben!

Zu 2) "Liebet eure Feinde ..." Jesus stiftet uns seinen Frieden: "nicht gebe ich euch, wie die Welt euch gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht." (Joh. 14,27 b). Das heißt nicht, daß wir den Frieden nur im Himmel finden können, sondern mit Jesus ist der Friede für die Welt gekommen. "...tut wohl denen, die euch hassen; bittet für die, die euch beleidigen ..." Der Friede der Welt sieht heute so aus: 6 Tonnen TNT zur Vernichtung eines jeden Menschen in der Welt!!

Im AT steht schon geschrieben (2.Mos. 23,4+5): "Wenn du deines Feindes Ochsen oder Esel begegnest, daß er sich verirrt hat, so sollst du ihm denselben wieder zuführen" und "Wenn du den Esel des, der dich haßt, siehst unter seinen Lasten liegen, hüte dich und laß ihn nicht, sondern versäume gerne das Deine um seiner willen."

Unser Feindbild heute sind die Kommunisten, in den 30iger Jahren waren es die Juden. Sie sind die Bösen und wir die Guten! Wir müssen versuchen, den "Feind" verstehen zu lernen und dabei werden wir des Balkens im eigenen Auge gewiß werden! Frau Schottroff hat ganz klar ausgesprochen, daß für sie diejenigen unsere Feinde sind, die die Rüstung befürworten! Und Feindesliebe bedeutet an dieser Stelle, sich mit ihnen in den Gemeinden auseinanderzusetzen; ja, auch in den "Klinsch" zu gehen, wie ein Zuhörer fragte!

Zu 3) zeigt uns Paulus den neuen Menschen auf durch den Geist Gottes in Jesus, der uns durch seinen Tod frei gemacht hat, nicht erst am Ende unseres Lebens, sondern schon jetzt und hier. "Ihr aber habt nun ein anderes Leben in euch" (v.9), wogegen sich die Todes- und Sündenstrukturen deutlich abheben und nicht mehr überleben können und werden dürfen. So werden täglich 2 Milliarden DM für Rüstung für "unsere Sicherheit" ausgegeben auf Kosten von 40 000 Kindern, die täglich dafür sterben und nur weniger als 1 % davon zum Leben nötig hätten! Wer von Christus befreit ist, muß ein anderes Ziel haben: Leben und Frieden.

Frau Schottroff sagt in ihrem Buch "Die Parteilichkeit Gottes": "Die politischen und sozialen Verhältnisse müssen beim Namen genannt werden, wo vom Glauben gesprochen wird" und "Die Parteilichkeit Gottes, die das Heil aller Menschen will, hat unmittelbar Konsequenzen für den Glauben: zu Handeln!"

Und wie damals die Boten durch die Lande gezogen sind, die Liebe Gottes zu verkünden, so geht auch heute der Auftrag an jeden Einzelnen von uns, wenn wir und unsere Kinder vor dem Verderben gewarnt und gerettet werden sollen. Und nach der Offenbarung soll nicht das unausweichliche Ende der Welt auf uns zukommen, wogegen wir nichts machen können - wie ein Jugendlicher in der Diskussion resignierend einwandte - sondern in ihren Darstellungen Warn- und Zeitzeichen für eine Umkehr erblicken und die Wiederkehr Jesu vorbereiten.

Ich habe nun die biblischen Spuren etwas erweitert, um die Aktualität der Botschaft und ihre Sprache im Gegensatz zu der heutigen noch etwas mehr zum Ausdruck zu bringen.

Die große Anzahl der Besucher hat uns Hoffnung gegeben, daß wir anfangen, unser Denken und Handeln zu überprüfen - es ist höchste Zeit! - als Christ, Ethiker, Atheist oder wie sich auch der Einzelne nennen mag! Und ich frage die Kirche, warum sie nicht endlich mit dieser Heils-Botschaft austritt in die große Kirche der Schöpfung, welche von Menschen noch nie in diesem Maße bedroht wurde, nachdem sie erst vor 40 Jahren ihre Schuld bekannt hat, nicht genug geliebt und gebetet zu haben! WANN?!

Elisabeth Bernhard

THE BLACK HILLS ARE NOT FOR SALE

EINE NEUE PHASE IM KAMPF UM DIE HEILIGEN BERGE

Die Sioux (Lakota) haben auf vielen Ebenen um die Rückgabe der Black Hills gekämpft. Ihre Klagen wurden von den Gerichten der USA abgewiesen, weil dies eine "politische Frage" sei. Doch die Regierung hat sich ebenfalls geweigert, auf diese politische Frage einzugehen. Sie will die Sioux Nation mit Geld abfinden.

Die Bemühungen der Lakota um eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs war von der Fürsprache durch UN-Mitgliedstaaten abhängig, doch europäische Regierungen scheuen sich aus Angst vor den USA, in der UNO ihre Stimme für die Rechte der Indianer zu erheben.

Jetzt wollen die Lakota sich mit einem Gesetzesvorschlag an den Kongreß der USA wenden - ein Weg, für den es erfolgreiche Beispiele gibt. So wurde der Blue Lake, ein Heiligtum des Taos Pueblo durch den Kongreß zurückgegeben und selbst Präsident Reagan unterschrieb ein Gesetz zur Rückgabe von 10 000 Hektar Land an den Pueblo de Cochiti.

Der Gesetzentwurf, um den es jetzt geht, sieht die Rückgabe jenes Landes in den Black Hills vor, das unter staatlicher Verwaltung steht. Dadurch bleibt privater Besitz von Weißen unberührt. Es geht den Lakota vor allem um heilige Stätten wie den Berg Bear Butte, die damit wieder unter dem Schutz der Indianer stünden.

Schon im vorigen Jahrhundert sind Delegationen und große Häuptlinge wie Red Cloud nach Washington gereist, um Gehör zu finden und im Jahr 1983 hat Präsident Reagan die "government to government" Beziehung zu indianischen Nationen bestätigt.

Es ist extrem schwierig, für Kampagnen wie den Kampf um Landrechte, finanzielle Unterstützung zu bekommen. Die Lakota hatten schon 1982 einen Versuch unternommen. Doch Louis Bad Wound, der sich mit allen Kräften um Mittel für eine Delegation nach Washington bemüht hatte, mußte mit leeren Händen zur Reservation zurückkehren.

Auch jetzt brauchen die Lakota dringend Geld, um Sachverständige und Zeugen nach Washington zu senden und Gespräche mit Politikern und Abgeordneten zu führen. Ohne solche Hearings und Lobby-Arbeit hat die Black Hills Bill keine Chancen im Kongreß.

Wir bitten daher dringend um Spenden für die Bemühungen der Lakota, Land in den Black Hills zurückzugewinnen.

VEREIN ZUR UNTERSTÜTZUNG
NORDAMERIKANISCHER INDIANER
Postscheckamt Berlin-West
Konto Nr. 4785 46 - 105



Kontakt und nähere Informationen:

Informationszentrale für
nordamerikanische Indianer
Martin Buber Str. 1
1000 Berlin 37

oder

Renate Domnick
Hansaplatz 5
2000 Hamburg 1

Ein weiteres Zeugnis sind diese Abschiedsworte von Lewis Bad Wound, Headman der Oglala Lakota. Er starb kurz darauf, nach Jahren harter Arbeit für seinen Stamm, an Herzinfarkt.*

"An die Unterstützerguppen und andere Menschen, die zuhören wollen"

Freunde,

ich nenne euch Freunde, denn ihr habt bewiesen, daß ihr wirklich Freunde seid. Ich möchte euch mitteilen, daß ich nach Süd Dakota zurückkehren werde, um meinem Volk einen ausführlichen Bericht über den Verlauf meines Besuches und meiner Aktivitäten hier zu geben.

Wie ihr wißt, war ich gekommen um Hilfe zu suchen, für einen Zug der Lakota zum Kongreß der USA. Wir wollten den Kongreß beeinflussen, Hearings über die illegale Beschlagnahme unserer heiligen Black Hills abzuhalten oder sinnvolle Gespräche mit unseren Delegierten über eine Lösung dieses Problems zu führen.

Ich habe keinerlei finanzielle Hilfe hierfür erhalten können und das hat mich sehr niedergeschlagen. Andererseits bin ich erleichtert, daß das jetzt für mich vorüber ist und ich in Frieden nachhause zurückkehren kann. Ich habe alles getan, was ich konnte, aber ich habe keine Hilfe erhalten. Nun müssen meine Leute überlegen und entscheiden, was weiter getan werden soll.

Die Gleichgültigkeit der nicht-indianischen Bevölkerung verstärkt unsere Überzeugung, daß wir nicht aufhören dürfen, GERECHTIGKEIT außerhalb des Machtbereichs dieses Systems zu fordern. Diese Auffassung läßt uns fortfahren, andere Menschen in der Welt für unsere extreme Situation im "Land der Freiheit" zu sensibilisieren und aufzuklären. Es mutet wie Ironie an, daß wir, die ersten Bewohner dieses Landes, immer noch nicht frei sind.

Dies ist nur ein Kapitel in der langanhaltenden Geschichte unserer Suche nach Freiheit. Sie ist noch nicht zuende. Nochmals möchte ich jeden von euch danken. An euer Bemühen uns zu helfen, werden wir uns lange erinnern.

* aus dem letzten Kommuniqué (1982)



How Kola
Lewis Bad Wound
LAKOTA TREATY COUNCIL

+++ letzte meldung+++ letzte meldung +++ letzte meldung +++ letzte meldung ++

In der Vollversammlung der FI Rhein-Hunsrück-Mosel am 12.12.85 in Bell wurde als einziger Tagesordnungspunkt die Herbstaktion 1986 der Friedensbewegung diskutiert. Dabei kam folgende einstimmige Erklärung zustande:

- 1.) Bei allen, auch kontroversen Diskussionen, im Koordinationsausschuß, muß die Einheit der Friedensbewegung im Vordergrund stehen. Wir haben wenig Verständnis für andauerndes Gerangel der verschiedenen Gruppen im KA. Wir wollen da nicht hineingezogen werden.
- 2.) Naturgemäß würden wir einer gemeinsamen zentralen Herbstaktion im Hunsrück den Vorrang geben, übersehen aber auch negatives nicht.
- 3.) Eine gemeinsame zentrale Herbstaktion z.B. in Bonn fände ebenso unsere Unterstützung. Es sollte keine künstliche Trennung von SDI und Mittelstreckenraketen herbeidiskutiert werden. Das ist die Einheit des Todes, die mit der Einheit des Lebens und der Aktion bekämpft werden muß.

Sollten im Zusammenhang mit der Großaktion im Herbst von auswärtigen Gruppen weitere Aktionen im Hunsrück geplant sein, sollten diese vorher in jedem Fall mit uns besprochen werden.

Horst Petry

Aufruf zur Gründung der "Aktion Kriegsoffer gegen Kriegsrüstung"

Wir, Kriegsoffer des Zweiten Weltkrieges, rufen 40 Jahre nach dem Ende des Krieges in Europa alle noch lebenden Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen auf, sich stärker als bisher an den gewaltfreien Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen. Wir haben als Kriegsoffer besonderen Grund, aber auch eine besondere Pflicht dazu, uns für eine wirksame Friedenspolitik einzusetzen.

Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen die sich immer mehr steigernde, maßlose Rüstung in aller Welt, die nicht zum Frieden, sondern zu weiteren Kriegen und schließlich mit hoher Wahrscheinlichkeit zu dem unvorstellbaren Dritten Weltkrieg führt.

Wir sind überzeugt, daß Frieden nicht gefunden werden kann durch ein kleinliches Feilschen um mehr oder weniger Tötungskapazitäten, sondern nur durch einen mutigen Anfang bei uns selbst - im Tun und im Denken. Deshalb fordern wir als ersten Schritt den Verzicht auf alle atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (auch ohne Gegenleistung auf der anderen Seite) und darüberhinaus einen allgemeinen Verzicht auf Aufstellung, Lagerung und Herstellung dieser Waffen. Die dadurch frei werdenden Mittel in Milliardenhöhe sollen für friedliche Zwecke, insbesondere zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Rettung der Umwelt und zur Beseitigung von Elend und Hunger in der Dritten Welt eingesetzt werden. Die Not in der Dritten Welt ist die direkte Folge nicht nur von Überwohlstand, sondern auch von Überrüstung. Wir fordern die sofortige Beendigung des Waffenhandels mit der Dritten Welt.

Wir fordern außerdem, darauf zu verzichten, Feindbilder zu pflegen und auf einen Krieg psychologisch vorzubereiten, wie das in unserem Staat systematisch geschieht.

Wir sind bestürzt darüber, wie sehr die Methoden zur Militarisierung der Gesellschaft, zur Aktivierung von Kriegsbereitschaft, zur Verharmlosung von Kriegsfolgen und zur direkten Kriegsvorbereitung denen ähneln, die wir vor dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben und die damals viele unserer Generation zu überzeugten Anhängern wahnsinniger Kriegsziele gemacht haben, so wie heute bereits viele an den Wahnsinn eines gewinnbaren "Krieges der Sterne" glauben. Kriegsspielzeuge, Kriegsfilme, Propaganda- bzw. Jugend-offiziäre, öffentliche Gelöbnisse, Großflugtage, Waffenschauen und Flottenbesuche sind ebenso Teile dieser Militarisierung und Kriegsvorbereitung - damals und heute - wie gesetzliche "Vorsorge" für Luftschutz, Beschlagnahmungen, Dienstverpflichtungen, Evakuierungsmaßnahmen und vieles andere.

Wir rufen dazu auf, eine "Aktion Kriegsoffer gegen Kriegsrüstung" zu gründen, örtlich, aber auch überörtlich Kontakt miteinander aufzunehmen und gemeinsam öffentlich aufzutreten. Bei zahlreichen Aktionen in der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß das Auftreten von Kriegsoffern beachtet wird und besonders überzeugend wirkt. Wir haben deshalb die Chance, der Friedensbewegung neue Anstöße zu geben. Laßt uns diese Chance wahrnehmen!

Der Aufruf ist von folgenden Kriegsversehrten, Kriegswitwen und Kriegshalbwaisen unterzeichnet: Helmut Ahrenhold (Hannover), Barbara Albrecht (Buxtehude), Heinz Betzler (Cuxhaven), Henning Bielfeldt (Spangenberg), Gertrud Borchert (Kierspe), Hans Heinrich Clausen (Cuxhaven), Ulla Geesmann (Cuxhaven), Dr. Walter Harless (München), H.-Jörg Herr (Bad Dürkheim), Maud Lindner (Mittelfischbach), Heinz Möll (Würzburg), Frauke Pistor (Cuxhaven), Volker Schmelzeisen (Mainz), Grete Senft (Cuxhaven), Kurt Schröder (Köln), Maria Vogel (Essen).

Ihre Unterstützung haben erklärt: Heinrich Albertz (Berlin), Ingeborg Drewitz (Berlin), Bernt Engelmann (Rottach-Egern), Günter Grass (Berlin), Anton-Anreas Guha (Frankfurt am Main), Peter Härtling (Mörfelden-Walldorf), Reinhard Jung (Berlin), Gudrun Pausewang (Schlitz-Hartershausen), Uta Ranke-Heinemann (Essen), Dorothee Sölle (Hamburg), Eckart Spoo (Hannover), Karin Struck (Hamburg), Michael Venedey (Berlin), Andreas Zünach (Berlin).

Kontakadresse: Heinz Betzler, Predöhlstr. 23, 2190 Cuxhaven 1, Tel. 04721-37478.

Protokoll des Delegiertentreffen vom 6.12.1985 in Kirchberg.

Anwesende: Kastellaun, Bacharach, Bell, St Goar, Emmelshausen, Biebertal, Simmern (Arbeitskreis Gerechtigkeit und Frieden), Bingen, Wittlich, Kirchberg

Gäste: Vier Personen vom BuF (Bundskonferenz unabhängiger Friedensgruppen)

Tagesordnung:

1.) Bericht vom letzten Delegiertentreffen

2.) nächstes Info

3.) Buchvorstellung

4.) Herbstaktion 1986

zu 1.)

Person aus Emmelshausen verliest das Protokoll vom letzten Delegiertentreffen.

a) Übernahme von Prozeßkosten im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen das Hunsrück-Forum aus dem Solidaritätskonto der FI.

Die Anklage gegen das Hunsrück-Forum wurde vom Staatsanwalt zurückgezogen. Informationen darüber sollen folgen.

Die Mahnwache kann nicht mehr alle Wochentage abgedeckt werden. Bisherige Regelung soll beibehalten werden.

2.) Info: nächstes Info wird am 11.12. gedruckt.

zu 3.) Am 12.12. wird um 17.00 Uhr im Gemeindehaus in Bell ein Buch vorgestellt (siehe Infoseite ?) Buchläden in Kirchberg, Simmern, Kastellaun usw. werden angesprochen.

zu 4.) Herbstaktion 1986

Die BuF Leute informieren über die Kontroverse innerhalb des KA. In folgenden Punkten besteht keine Übereinstimmung: Soll die Friedensbewegung sich auf ein Ziel konzentrieren, SDI, oder zweitens nicht mehr nur ein Projekt aufgreifen, sondern den Gesamtzusammenhang der Rüstung als Ziel nehmen. Drittens: In welcher Form soll die Friedensbewegung in den Wahlkampf eingreifen, dabei tauchte die Frage auf welche Partei kann "Hoffnungsträger" sein, oder sollte die Friedensbewegung diese Funktion selber übernehmen.

Einigkeit im KA besteht darüber, daß im Herbst 86 eine Großaktion stattfindet.

Uneinigkeit herrscht im Bezug auf die Themenstellung und den Ort. BuF, christliche Gruppen und Frauen für den Frieden haben das Ziel die Stationierung zurück zunehmen, d.h. Demo vor Ort hier im Hunsrück. Eine zweite Gruppe innerhalb des KA, die die Weltraumrüstung (SDI) in den Vordergrund stellen will, möchte deshalb Bonn als Demo-Ort wählen.

Eine dritte Gruppe plädiert für beide Orte (Bonn und Stationierungsgebiet Hunsrück) wobei das Problem der Verzettlung auftritt.

Nach diesen Informationen wurden wir nach unseren Vorstellungen gefragt.

Es soll nicht nur eine Gemeinsamkeit an 3-4 Tagen im Herbst bestehen, sondern darüber hinaus eine längerfristige Zusammenarbeit ermöglicht werden (Gesamtkomplex des zivilen Ungehorsam). In der Diskussion taucht die Problematik des "Überstüßen" von Ideen aus dem KA (von oben nach unten anstatt die Ideenvielfalt der Basis aufzugreifen) Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden Möglichkeiten und Grenzen der Großaktion aufgezeigt. Zu einer Entscheidung kam es nicht,

diese soll in der Vollversammlung am 12.12.85 getroffen werden.
Der KA möchte bis zum 14./15. Dez. informiert sein.
Drei Leute werden uns bei dieser Sitzung vertreten.
Abschließend kann man feststellen, daß bei den meisten Anwesenden
Sympathie für eine Großaktion auf dem Hunsrück vorhanden ist,
wobei nach wie vor Bedenken bestehen, daß die Interessen der
FI-RHM genügend gewahrt werden.

Hildegard und Thomas, Fst Kirchberg

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine -
24. Dez. Gottesdienst an der B-Battery 22⁰⁰
6. Jan. Ostermarschkreis-Sitzung
DG B-Haus, Mainz 19.30 h
25. Jan. Emmelshausen-Lehrerkabarett
und Eco-Latino (chil. Songgruppe)
26. Jan. Rheinl-pfälzische Friedensversammlung
Mainz - Ort u. Zeit im Büro erfragen
1./2. Febr. Aktionskonferenz in Bonn ab 14⁰⁰ h
Integr. Gesamtschule Bonn-Beuel,
Siegburger Str. 321

- ☐ Anbei 10,- DM für 10 FRIEDENS-INFOs
☐ Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.

Absender:

Vor- und Zuname

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Telefon

einreichen an:

Büro für Friedensarbeit

Hauptstr. 40

6544 Kirchberg (06763/3709)

Spendenkonto:

Verein f. friedenspol. u. dem.

Bildung Voba Kirchberg

BLZ 56061472 Kto 1013591

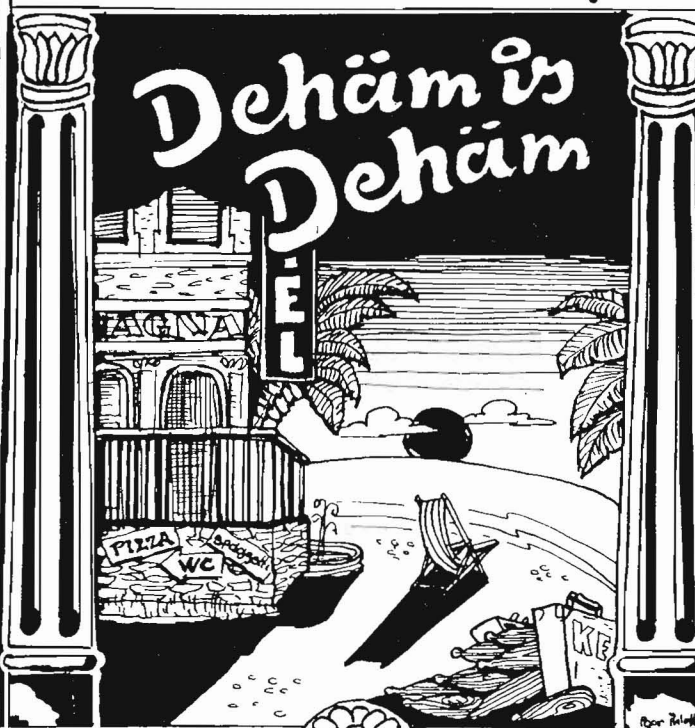
Pschkto Fim - Sonderkonto-

Hildegard Engulmann,

Konto Nr: 44 1898 - 603

Öffnungszeiten: Mo 18- 20 Uhr, Di 9.30 - 13 Uhr, Do 9.30 Uhr-13 Uhr
u. 17 - 19 Uhr, Sa 10.30 - 14 Uhr

Waldecker Theatergruppe
»DIE POTTHÄMMEL« spielt:



Dehäm is Dehäm

Ein Hunsrücker Urlaubsdrama
Frei nach Fitzgerald Kusz

Premiere
am 25. Dezember
um 20⁰⁰ Uhr
auf der
BURG WALDECK

Weitere Aufführungen

26. Dezember
+ 2. Januar

GLEICHER ORT - GLEICHE ZEIT.

Es empfiehlt sich, Karten vorzubestellen.

Erwachsene 8,- Mark

Kinder, Studenten, Lehrlinge etc. 5,- Mark.

bei Thea, Toni oder auf der Waldeck

ARBEITSGEMEINSCHAFT
BURG WALDECK EK
5449 Dorweiler/Hunsrück
Telefon (06762) 7997

HERBST '85

Selbstverlag Frauenwiderstand (Hg.)

FRAUENWIDERSTAND IM HUNSRÜCK

FRAUENGESCHICHTE(N) 1983-1985

150 Abbildungen
272 Seiten, Gb/Kt
DM 29,80
Dezember 1985

Die Fotodokumentation über Frauenwiderstand im Hunsrück 1983-1985. Erstmals zu diesem Thema illustrieren Frauen in Form von Grundsatzartikeln, biographischen Niederschriften, Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Gesprächen, Interviews, Positionspapieren, Pressereaktionen sowie einer ausführlichen Chronologie der Ereignisse von 1979 bis heute und zahlreichen Abbildungen aktuelle Frauengeschichte(n): Die Entwicklung von Aktionen, die Veränderung politischer Sichtweisen werden genauso deutlich, wie die Auseinandersetzung mit Männergewalt, dem Militär, dem Stationierungsort, der Polizei, der Justiz, der Bevölkerung... Ein engagiertes Dokument Frauenwiderstands.

Ort des Geschehens: ein Zeltdorf am Rande von Reckershausen im Hunsrück. Die Umgebung: Wald, Wiesen, Felder und unzählige militärische Einrichtungen - Munitionsdepots, Schießübungsplätze, Kasernen, Radarstationen ... und in Hasselbach schließlich das Gelände für die 96

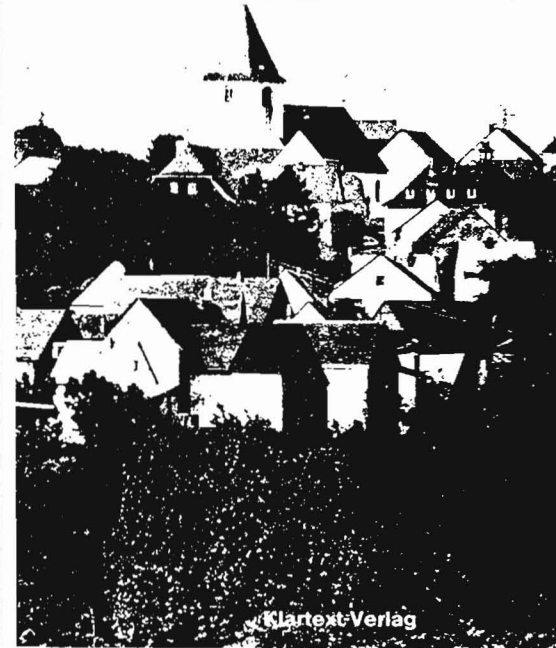
in der BRD vorgesehenen Cruise Missiles. Die vorbereitenden Bauarbeiten sollen im Herbst '86 abgeschlossen sein. Dazu Puffs und Bars - Vergnügungsstätten für die Soldaten, am auffälligsten in dem Dorf Lautzenhausen beim Militärflughafen Hahn.

Hier lebten, liebten, lachten, kämpften 3 Sommer lang ein paar Tausend Frauen - sie öffneten das Haupttor und "belebten" das Militärgelände, verhinderten mit Lust und Trommelklängen ein Raketenmanöver, besetzten einen Baukran... Die Frauen setzten ihre Aktionen im Gerichtssaal fort und machten den Prozeß zu ihrem Prozeß.

Die Presse verschweigt zum größten Teil diesen Frauenwiderstand oder gibt Informationen verfälscht weiter - ein Grund mehr für dieses Frauengeschichtsbuch.

Auslieferung BRD/West-Berlin: Frauenliteraturvertrieb, Schloßstraße 94, 6000 Frankfurt/M. 90 (Vertrieb für den Buchhandel); zusätzlich im Selbstvertrieb über Ursel Kornfeld, Nassauische Straße 53, 1000 Berlin 31.

Kriegsvorbereitung im Hunsrück



Sabine Stange

Kriegsvorbereitung im Hunsrück

Vom Einfluß der Raketenstationierung
auf den Alltag der Menschen

Mit einem Vorwort von Robert Jungk

Friedensbewegung, das heißt für die Medien: Großdemonstrationen, Friedenscamps, Einübung in gewaltfreien Widerstand. Im öffentlichen Bewußtsein sind meist nur die spektakulären Ereignisse und Zwischenfälle.

Was ändert sich aber für die Menschen, die in Sichtweite der Abschußrampen für Cruise Missiles, Pershing 2 und anderen Massenvernichtungswaffen leben? Was soll ein Mann machen, den der Arbeitgeber vor die Alternative stellt: „Entweder du gehst auf die Baustelle oder du stempelst!“ und der eine Familie zuhause hat? Was soll eine Frau machen, der plötzlich bewußt wird, der eigene Mann baut an dieser Tötungsmaschinerie? Was soll man machen, wenn man einen Brief erhält vom Kreiswehrratsamt, in dem es heißt, daß eigene Anwesen sei von den Militärs ausgewählt als Stützpunkt für den Krisenfall und man möge sich mit seiner Familie schon mal nach einer Ersatzunterkunft umsehen? Was soll man machen, wenn man sieht, wie Soldaten im Manöver um den Kindergarten des Dorfes springen, üben, wie dieser im Ernstfall eingenommen werden kann, und die eigenen Kinder sitzen hinter der Scheibe und starren in gasmaskentragende Soldatengesichter?

Was soll der Vorstand des Turnvereins machen, wenn er weiß, nächste Woche wird es eine Friedensdemonstration geben oben an der Cruise Missiles Baustelle und er erhält eine schriftliche Anfrage und Aufforderung, er möge doch bitte seine Turnhalle als Behelfsgefängnis für Demonstrationszwischenfälle zur Verfügung stellen?

Fragen, denen wir uns, die nicht unmittelbar dort leben, leicht entziehen können.

Fragen, denen die Menschen dort sich stellen müssen, die tief ins eigene Leben eingreifen, plötzlich Risse offenbaren werden lassen quer durch Familien. In einem Gebiet, in dem das Leben im Familienverband noch eine große Rolle spielt. In dem die Menschen sehr stark religiös gebunden sind.

Viele der Menschen, die dort leben, haben begonnen, ihr Dagegensein öffentlich zu zeigen - trotz der Schwierigkeiten, die das für den Einzelnen mit sich bringt - besonders in einem Landstrich wie dem Hunsrück. Ein langer Lernprozeß ist nötig, der vom Untertanen zum Demokraten, und gleichzeitig steht hinter dieser Einsicht die bange Frage, ob wir angesichts der Bedrohung durch die stationierten Raketen genügend Zeit haben werden, einen solchen Lernprozeß zu durchlaufen und uns erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Sabine Stange

Kriegsvorbereitung im Hunsrück
Vom Einfluß der Raketenstationierung
auf den Alltag der Menschen

Mit einem Vorwort von Robert Jungk
ca. 140 S., Interviews, Fotos und Berichte
ISBN 3-88474-409-7/ ca. 16,-DM

Klartext-Verlag
Viehöfer Platz 1
4300 Essen 1

Name: _____
Vorname: _____
Ort: _____
Straße: _____
Datum/Unterschrift: _____

Ex. Sabine Stange
Kriegsvorbereitung im Hunsrück
ca. 140 S./ ca. DM 16,-
(erscheint Ende 1985)

Ex. Gesamtprospekt Klartextverlag

Klartext-Verlag